

Angelpapierpreis: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Markt, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Markt. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Markt. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 8 gespalten oder deren Raum im Text 280.— Markt.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Auslieferung Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 200 Mt. 6500.— Mt. pro Monat und Guthaben des Differenzbetrages für Monat Juni. — Redaktionsstunde: 6—8 Uhr nachmittags. Postfachkonto: Breslau Nr. 810 50. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 121.

Montag, den 28. Mai 1923.

5. Jahrgang.

Solidarität mit dem kämpfenden Ruhrproletariat!

Die gesamte deutsche Arbeiterklasse schwebt in Gefahr! Militärische Vorbereitungen Genuos für ein Blutbad

Die Pressehege

Die Hege der bürgerlichen Presse gegen die im Hungeraufstand sich befindenden Ruhrarbeiter geht weiter. Sie werden weiter dargestellt als Mörderer, Räuber und Komplizen des französischen Imperialismus. Der Kommunistischen Partei wird weiterhin in der schamlosesten Weise in die Schuhe geschoben, daß sie für französisches Gold mit französischen Waffen einen Aufstand im Ruhrgebiet organisiert. Diese Hege geht aus nicht nur von den Organen derselben Rechte, deren Agenten nach den Feststellungen des „Vorwärts“ im Ruhrgebiet als Provokateure mit den französischen Achtgroßmächten um die Wette arbeiten. Nein, diese Hege geht von der Regierung Genuos aus. Das Wolff-Büro, das ein Regierungsorgan ist, läßt die besten Traditionen der Kriegszeit und der Zeit der Spartaistenmorde wieder aufleben. Dieses Organ, das nicht fähig ist, die einfachste Tatsache aus dem Auslande vernünftig zu übermitteln, überschüttet die deutsche Öffentlichkeit mit Tartarennachrichten, um eine Vorgrombege gegen die Arbeiterklasse und gegen die Kommunistische Partei zu erzeugen.

Dies alles ist nur die artilleristische Vorbereitung des dritten Feldzuges, den die deutsche Bourgeoisie gegen das Ruhrproletariat vorbereitet. Nach der Pressekampagne soll die reelle Beschließung aus Maschinengewehren beginnen.

Militärische Vorbereitungen der Genuo-Regierung

Innerhalb 24 Stunden, von Freitag morgen bis Sonnabend morgen, passierten acht Transporte Kaballerie mit MG-Abteilung den Rangierbahnhof Panlow. Die Transporte kamen von Belgard, Stolp, Stettin, Schwedt a. d. O., Kolberg, Neuruppin und haben als Bestimmungsort Altengrabow bei Magdeburg. Die Reiterregimenter 5 und 6 gehen angeblich zu Divisionsübungen nach Altengrabow, die Demminer Reitschule angeblich zu Divisionsübungen nach Jüterbog, ein MG-Kompagnie zu demselben Zweck nach Jüterbog. Ein Infanterieregiment von Neuruppin und Stralsund ebenfalls zu Divisionsübungen nach Jüterbog. Mit dem Zug Nr. 836, Richtung Bebra-Frankfurt, Abfahrt 12.58 Uhr mittags Anhalter Bahnhof, gingen gestern, Freitag, zwei Dampfwagen mit Pferden und Begleitmannschaften ab.

Ueber Frankfurter Allee werden gestern morgen zwei Militärtransporte gemeldet. Auf dem Anhalter Bahnhof sind vier Maschinenfahrere bereit gemacht worden, die für Militärtransporte von Zempelhof bestimmt sind.

Freitag morgen wurden in der Prenzlauer Allee fast neue Lastkraftwagen gesehen mit stark besetzten Zellbahnen, so daß man den Inhalt nicht sehen konnte. Auf dem letzten Auto besaßen sich 15 Reichswehrsoldaten. Bei der Truppe befanden sich ebenfalls 15 Motorräder. Die Kraftfahrer hatten das Gewehr über die Schulter.

Diese Nachrichten entstammen keiner beliebigen Nachrichtenquelle. Sie stammen von Eisenbahnern, die die Züge geführt haben. Sie beweisen: die Regierung, die den deutschen Arbeitern vorwirft, daß sie mit den französischen Befehlshabern paktieren, verhandelt mit der französischen Regierung wegen der Erlaubnis, die Reichswehr auf die Arbeiter im Ruhrgebiet loszulassen.

Warum wird das Blutbad vorbereitet?

Man mühte sich beim Kopfe fassen und fragen: Ist das nicht ein Wahnsinn, in dieser Situation den Bürgerkrieg heraufzubeschwören?

Nein. Es ist nicht der Wahnsinn, es ist ein System. Wir brachten vor zwei Tagen die Nachricht, daß Herr Hugo Stinnes mit den Vertretern der französischen Schwerindustrie und der französischen Regierung über die Kapitalisation verhandelt, die auf Kosten der Arbeiterklasse stattfinden soll. Diese Nachrichten wagte Stinnes wußten, daß wir imstande sind, Namen zu nennen. Wir stellen nunmehr fest (und auch diesmal werden wir nicht dementiert), daß die Regierung mit dem Zentralverband der deutschen Industriellen über die Auslieferung der Eisenbahnen an die Industrie, über die Abschaffung des Achtstundentages verhandelt. Auf diesem Wege stellen die Mittel zur Bezahlung der Reparationen geholt werden. Und da die Bourgeoisie ausgezeichnet weiß, daß sich die gesamte Arbeiterklasse erheben wird, daß die Sozialdemokratie nicht imstande sein wird, die Verantwortung für eine solche Politik zu übernehmen, so haben sie sich entschlossen, zuerst den Kommunistenschreck spalten zu lassen, einen Teil der Arbeiterklasse niederzuwerfen, um den anderen in das Joch treiben zu können. Wir behaupten, die Herren Kapitalisten der deutschen Industrie wünschen einen bewaffneten Aufstand im Ruhrgebiet oder wenigstens einen Schein des bewaffneten Aufstandes, der ihnen die Möglichkeit geben würde, mit den Waffen in der Hand einzugreifen.

Eine Aufforderung an die Regierung

Wir erklären die Regierung für dieses Treiben haßbar. Sie hat genug Spiegel, um in der Lage zu sein, zu wissen, daß alle Nachrichten, die vom Wolff-Büro gegen die Kommunistische Partei kolportiert werden, aus den Fingern gelogen sind. Wenn die Mordhege gegen die Kommunistische Partei fortgesetzt wird, so bedeutet das, daß auf die Hege der Massenmord im Ruhrgebiet folgen soll. Demgegenüber wird die Kommunistische Partei nicht schweigen und nicht warten, bis die Maschinengewehre zu knattern beginnen. Die Regierung weiß, daß die Kommunistische Partei Deutschlands aus Rücksicht auf die Gefahr seitens des französischen Imperialismus über vieles geschwiegen hat, was diese Regierung (als verantwortlich für ihre Organe) unmöglich machen würde für jede internationale Verhandlung. Solange die sozialdemokratischen Arbeiter nicht zusammen mit uns für die Arbeiterregierung kämpfen, hat die Kommunistische Partei kein Interesse daran, daß an die Stelle dieser losposten Regierung eine andere bürgerliche tritt. Noch weniger hat sie ein Interesse, Herrn Poincare zum Siege zu verhelfen. Aber eine Regierung, die bewußt einen Aufstand provoziert, oder seine Provokation durch verschiedene ihrer Organe zuläßt, eine Regierung, deren Pressestellen und deren Telegraphenbüro eine Mordhege gegen einen Teil der Bevölkerung erstreben, ist das größere Übel!

Soweder läßt die Regierung die Mordhege gegen die Kommunistische Partei bestimmen oder wir werden das Schweigen brechen.

Wir hoffen, daß das Gesagte genügen wird, und daß die Regierung sich sagen wird: das Spiel ist mifglückt! Daß sie ihre Presseorgane an die Leine nimmt und dringend den Fabrikanten empfiehlt, auf die Forderungen der Arbeiter, die nur ihren Hunger gestillt haben wollen, einzugehen, daß sie die Bänder der Faschisten zurückhält!

Gleichzeitig rufen wir den Arbeitern im Ruhrgebiet noch einmal zu: Niemals habt Ihr Euch in einer größeren Gefahr befunden als

jetzt. Seht nicht hinaus über den Rahmen des friedlichen Streiks. Sonst werdet Ihr niedergeschlagen von der deutschen Reichswehr wie von den französischen Truppen! Größte Wachsamkeit gegen die Faschisten! Weicht dem Kampfe nicht ihnen aus, denn man will Euch in eine Falle locken. Seid solidarisch im Streik! Wir fordern die Arbeiterschaft im ganzen Reihe auf, sofort Versammlungen und Demon-

strationen gegen die Vorbereitung des Massenmordes im Ruhrgebiet zu organisieren.

Die Faschisten sind die Brandstifter

Gelsenkirchen, 27. Mai. Die bürgerliche Presse machte einen ungeheuren Lärm über den Brand im Gelsenkirchener Polizeipräsidium. Wie jetzt nachträglich ein Brandstiftungsfestgestellt ist, ist der Brand von dem bürgerlichen Selbstschutz selbst angezündet worden, als er sah, daß ihn die Arbeiter herausklopfen würden. Streiker und die Arbeiter fernzuhalten oder um sie als Brandstifter zu verleumdern, haben die Faschisten das Verbrechen begangen.

Arbeiter wurden ermordet!

Wir entnehmen unserem Parteiorgan in Leipzig folgende Mitteilung des Bundesausschusses der Betriebsräte:

In Bayern, in Rheinland-Westfalen, Schlesien usw. wurden bereits viele Arbeiter von Faschisten ermordet. Nicht allein Scheidemann, Clara Zetkin und andere Führer der Arbeiterorganisationen werden mit dem Tode von den Faschisten bedroht. Jeder Klassenbewusste Arbeiter ist heute der Gefahr ausgesetzt, morden zu werden. Fast täglich jetzt Arbeiter dem Faschismus zum Opfer.

Weil große Teile der Arbeiterschaft dem noch immer unfähig zusehen.

Kollegen! Weil die Arbeiterschaft noch nicht überall in allen Betrieben Abwehrhundertchaften geschaffen hat, deshalb werden die Faschisten immer frecher und brutaler. Der Reichsausschuß der Betriebsräte hat am 13. Mai beschlossen, daß bis zum 10. Juni in allen größeren Betrieben Abwehrorganisationen gegen den Faschismus zu schaffen sind.

Kollegen in ganz Deutschland!

Der Faschismus darf uns nicht durch unsere eigene Schuld über den Kopf wachsen. Laßt Euch zu diesem Verbrechen auch nicht durch Seberings Verbot der proletarischen Hundertschaften verführen. Die Betriebs-hundertchaften sind keine militärischen Organisationen, sondern politische Kampforganisationen, die nicht verboten sind und nicht verboten werden können.

Nehmt schnellstens überall in den Betrieben zur faschistischen Gefahr Stellung.

Schafft überall Betriebs-Abwehrhundertchaften!

Ein blutrünstiges provokatorisches Schanddokument

Der Stellvertreter des Düsseldorfener Arbeiterpräsidenten Lutterbeck hat an General Dewignes ein Schreiben gerichtet, in dem er um Erlaubnis zur Klusien Arbeiterführung der Ruhrarbeiter ersucht. Er erinnert dabei an Bismarcks Liebesdienst bei Niedersetzung des Pariser Kommuneraufstandes von 1871. Wörtlich heißt es in dem Schreiben:

„Aus diesem Anlaß muß ich daran erinnern, daß damals bei dem Kommuneraufstand das deutsche Oberkommando den französischen Behörden jedes Entzommen zum Zwecke der Niedersetzung des Aufstandes in verständnisvoller Weise gezeigt hat. Das Gleiche muß ich auch hier fordern, wenn Zwischenfälle gefährlicher Art in Zukunft nicht mehr möglich sein sollen. Ich erlaube deshalb eine grundsätzliche Billigung jeder Entsendung von Schutzpolizei aus den Städten Düsseldorf, Duisburg und Hamborn nach gefährdeten Stellen des Industriebezirks.“

Dies blutrünstige Schanddokument beschäftigt mit schamloser Offenheit alles, was wir über den Mordplan der Bourgeoisie sagten. Vor der gesamten Arbeiterschaft sei festgestellt, daß die volle Verantwortung für dieses Schanddokument und die darin enthaltenen Absichten die preussische und die Reichsregierung trägt.

Der Klassenkampf an der Ruhr

Ausdehnung des Streiks

Offen, 27. Mai. Die Arbeiterschaft Hambrons steht geschlossen im Generalstreik.

Die Betriebsräte der Seiden „Carolus“, „Wolfgang“, „Lewin“ und „Neuborn“ sind in den Streik getreten.

Die Betriebsräte der Firma Brünninghaus, Porzellan, in den Streik getreten.

Die Zaren-Mechaniken der bürgerlichen Presse über Pfänderungen sind ebenfalls übertrieben. Nebenbei, wo proletarische Hundertschaften oder der gewerkschaftliche Selbstschutz die Provokationen der Polizei und der Faschisten aufgehalten hätten, wurde die Ordnung in wenigen Stunden hergestellt.

Hörbe, 27. Mai. Sier traten die Zehen Julia, Heidi, Chamrock 1 und 2 in den Streik. Viele Betriebs-schlossen sich an. In einer Versammlung wurde die Bildung von Kontroll-Kommissionen und Aufhebung von Seberings Verbot der Hundertschaften gefordert.

Hamborn, 27. Mai. Sämtliche Zehnen-Betriebe sind im Streik. Eine Abteilung Schupo drang in ein Werk ein. Durch Sachverständigen der Partei wurde ein Blutbad verhindert. Faschisten verführten durch unterirdische Pläne Demonstrationen zu unangelegentlichem um Provokationen herbeizuführen. Die Kommunistische Partei griff energisch ein und durchkreuzte die Absichten.

Wieder proletarische Todesopfer

Batrop, 27. Mai. Durchbare Mordaktionen räteten die Weltzeit unter Streikenden an, in der Nähe auf den Schächten Mont Ceris. Es ist so wie in Aunen wurden Streikende verhaftet. Von der Lünen Verhafteten sind viele heute schmerzhaft mißhandelt worden.

Hörbe, 27. Mai. Bei der Massenversammlung am Alten Markt griff Polizei die Arbeiter mit Schuß- und Treibwaffen an, weil sie sich einmütig für den Streik erklärten. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht festgestellt.

Der Schwindel von den verhafteten Russen

Dortmund, 27. Mai. Die Blüten der polizeilichen Medungen sind entlarvt. Der Dortmunder Polizeibericht spricht von drei verhafteten Russen. Heute sind alle drei auf dem Strad der St. Etienne unregelmäßig gelassen worden mit Ausnahme eines einzigen. Unter ihnen befindet sich überhaupt kein Russe.

Sie spotten ihrer selbst

In ihrer blinden Kommunismehre leisten sich die bürgerlichen Eintentulisten mitunter auch ganz hübsche Eingeständnisse. So geht jetzt durch die Presse folgende Meldung:

„Zu der Zerstreung des bisherigen Ordnungsdienstes in Gelsenkirchen hat namentlich der Umstand beigetragen, daß, nachdem von vornherein über die Stellungnahme der Franzosen gegenüber den Anrufen keine Klarheit bestand, die Meldung verbreitet wurde, die Franzosen hätten zugunsten der Kommunisten in den Kampf eingegriffen. Hierdurch entstand unter dem Ordnungsdienst große Unruhe, zumal das Mitgliederverzeichnis des Selbstschutzes den Kommunisten bereits vorher in die Hände gefallen war.“

Also: gegen ausgemerkte Frauen und wehrlose Arbeiter erweisen sie ihren Antipathie!

Schied, aber trenn auch nur die Möglichkeit besteht, daß beabsichtigte und organisierte Formationen ihnen gegenüberstehen, stehen sie wachlos und angstvoll ausständig. Das Risiko, das darin lag, daß die proletarischen Hunderttausenden die Namen der selben Hunderttausenden in ihre Hände bekamen, tat dann noch ein Übriges.

Die Rolle der KPD. an der Ruhr

Die „Westfälische Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund schreibt: Überall wo gekämpft wird, stehen zahllose sozialdemokratische Arbeiter in der Front. Die sozialdemokratischen Propagandisten und Zeitungen aber rufen die Arbeiter offen auf, sich an die Seite der Polizei gegen das kämpfende Proletariat zu stellen. Sie stellen sich frech und niederträchtig von formalistischer Maske, kommunistischen Putschern, durch Terror von Hundertschaften erzwingenen Kampf. Wollen diese Leute wirklich irgend jemand glaubhaft machen, daß einige Hunderttausend über 20000 Arbeiter auf die Straße gedrängt haben? In ihrer Presse unterschlagen sie alle Tatsachen über die Situation und jammernd nur, daß keine so ein Vorkämpfer möglich sei, sei die Kommunisten die Organisation geschlossener Horden, während hunderttausende Proleten schon spontan mit unerhörtem Mut kämpfen und weiter und weiter ihre Arbeit für den Kampf bereit stellen. Die Herren mögen flennen, daß kein Kampf möglich sei. Sie mögen den Arbeitern raten, Schicksalstriche von 25 oder 30 Prozent anzunehmen, wie sie es im Reich getan haben. Wenn die Arbeiter nicht reichswürdige Löhne bekommen, dann werden weitere Massen in den Kampf treten und die letzten Forderungen weiten und letzten lassen.

Mit den Verfassern der Zentrumsprelle und der christlichen Organisationsführer werden wir uns noch in aller Ausführlichkeit auseinandersetzen. Während viele tausende Christen mit ihren Kameraden kämpfen, fordern die christlichen Mütter offen zum Mord auf, bis hin zu sogar das Morden von Frauen und Kindern.

Sogar fanden sich leider auch sozialdemokratische und christliche Funktionäre die zusammen mit den Pfaffen gegen die Kämpfenden vorgehen. Aber sie sind schwach an Zahl und ohnmächtig gegen die elementare Wucht der kämpfenden Einheitsfront.

Einzelne Unternehmergruppen an der Ruhr haben schon unter dem Druck der kämpfenden Lohnerschöpfung bewilligt, die über ihre ersten Angebote und über die kampflös getroffenen Abschlüsse im Reich weit hinausgehen. Aber die Arbeiter lassen sich damit nicht abspfeifen. Sie wollen die restlose Erfüllung ihrer Forderungen und sind entschlossen, den Unternehmern zu beweisen, daß sie sich nicht anshungern lassen.

Der Kampf geht mit täglich größerer Wucht weiter. Kein Kampf der Kommunisten, sondern ein Kampf des Proletariats. Aber die Arbeiter und die kommunistische Partei Deutschlands sind die einzigen, die die Kämpfenden voll und ganz unterstützen. Sie haben damit die Herzen und Hirne von Hunderttausenden von Arbeitern gewonnen.

Die Bourgeoisie und ihre Lakaien schreien vom Dolchstoß. Die Wahrheit aber ist, daß die Arbeiter Löhne haben müssen, von denen sie leben können, um auch über den französischen Imperialismus siegen zu können. Der Sieg des jetzigen Lohnkampfes wird auch eine Kraftsteigerung zum Kampf gegen Poincaré sein. Das Wachstum der revolutionären Bewegung ist das Wachstum des einzigen unerbittlichen Gegners des französischen Imperialismus in Deutschland, des Kommunismus.

Die Hauptursache ist jetzt die Behauptung der vollstimmigen Kampforganisation. Anstatt der Abwehrorganisationen zur Niedererschlagung der Faschisten, Profiteure und Plünderer. Rücksichtsloses Vorgehen gegen alle Elemente, die den Kampf befördern wollen.

Die Hege gegen die kämpfenden Arbeiter

Das Falsche ist das Verhalten von Seiten, die sich „Arbeiterführer“ nennen. Sozialdemokratische Führer und sozialdemokratische Zeitungen sind es, die die Arbeiter am geringsten mit Rat berühren. In ihrer Angst vor dem erwachenden Massenproletariat rufen die Dortmund'schen Gewerkschaften die neugeborene Hamburger Internationale um Hilfe an durch folgenden Telegramm:

„Ruhrgewerkschaften beschaffen wirtschaftliche Notlage und begünstigt Revolten. Blasse Kämpfe in mehreren Orten. Gefahr unerbittlich, wenn nicht alsbaldige Intervention. Soziale Gewerkschaften Dortmund.“

Noch nicht genug damit, das Gleich der Massen miterschlagen zu haben, gehen diese angeblichen Arbeiterführer dazu über, bei der Niedererschlagung der Arbeiter mitzuhelfen. Die

Die Einheitsfront der Transportarbeiter

Resolution der Berliner Konferenz

In immer schmerzlicherem Tempo verschlechtert sich die Lage des Weltproletariats. Die immer ausgedehntere Verletzung deutschen Gebietes durch französische und belgische Truppen, die katastrophalen Wirkungen des Versailler Friedensvertrages, die Abhängigkeit der Länder der Kleinen Entente von den westeuropäischen Kapitalisten und Regierungen, insolge derer Polen, Rumänien, Jugoslawien und die Tschecho-Slowakei nichts weiter sind, als gefällige Werkzeuge der imperialistischen Großstaaten, die stetig anwachsende Reaktion, die Vernichtung der Arbeiterorganisationen durch den Faschismus in Italien, die Verfolgungen der Arbeiterbewegung in Jugoslawien, Rumänien, Finnland, Spanien und anderen Ländern und vor allem die Verschönerung der reaktionären Regierungen zum Sturze Sowjetrusslands drohen dem Proletariat mit vollständiger Verelendung und Verflüchtung.

Büro und Generatrat der Internationalen Transportarbeiter-Ökonomie, beauftragt von den Kongressen der IZS, sowie die Allrussischen Verbände der Transportarbeiter, Eisenbahner und Seelente, ihrerseits beauftragt vom Allrussischen Gewerkschaftsbund und von allen auf dem Boden der Roten Gewerkschaftsinternationale stehenden Transportarbeiterverbänden, betrachten es als ihre erste Aufgabe, die Einheit der Transportarbeiter in allen Ländern herbeizuführen, ganz besonders in denjenigen, wo die Bewegung gespalten ist, und in Zukunft Abschlüsse sowie die Schaffung neuer Parallelorganisationen zu verhindern.

In Ausführung dieser Aufträge haben die Vertreter der IZS, den Vertretern der russischen Transportarbeiterverbände, bevollmächtigt von allen auf dem Boden der ROK stehenden Transportarbeiterorganisationen am 23. und 24. Mai in Berlin Besprechungen abgehalten, um in gegenseitigem Einvernehmen das gemeinsame Ziel zu verwirklichen.

Die Konferenz, auf der die IZS vertreten war durch Robert Williams, Vorsitzenden, Johann Döring, Bizepsitenden, M. Bide-

garad, Edo Timmen, Generalsekretär und A. Natans, Zweiter Sekretär, die russischen Eisenbahner-, Transportarbeiter- und Seelenteverbände durch A. Andrejew, A. S. d. d. W. S. L. O. Mischlanow, sowie der Allrussische Gewerkschaftsbund durch A. Kosow, nahm eine Reihe von Beschlüssen an, deren Durchführung beiderseits den beteiligten Organisationen auf das Nachdrücklichste empfohlen wird.

Es wurde beschlossen:

1. Ein paritätisches internationales Aktionskomitee zu gründen, dessen Aufgabe es sein wird, den Kampf der Transportarbeiter, Eisenbahner und Seelente aller Länder und Richtungen gegen Militarismus, Kriegsgefahr und Faschismus zu propagieren, zu organisieren und durchzuführen.

2. Eine ständige Kontrolle aller Munitionstransporte, in erster Linie durch Schaffung von Kontrollstellen an den Produktionsstätten, den wichtigsten Häfen, Eisenbahnknotenpunkten und Grenzstationen, zu organisieren.

3. Einen Weltkongress der Transportarbeiter aller Länder und Richtungen zur Schaffung der einheitlichen Kampffront und Vorbereitung der Herstellung der einheitlichen nationalen und internationalen Organisationen einzuberufen.

4. Die nötigen Maßnahmen zur gemeinsamen Unterstützung der durch den Faschismus verfolgten Transportarbeiter aller Länder zu treffen, insbesondere durch Schaffung eines gemeinsamen Fonds.

Die Konferenz sprach die Zusage aus, daß es nicht nur gelingen werde, die Einheit aller Transportarbeiter in absehbarer Zeit zu verwirklichen, und ihren gemeinsamen Kampf gegen Militarismus, Kriegsgefahr und Faschismus wirksam durchzuführen, sondern daß auch die anderen internationalen Berufssekretariate die im Interesse der Gesamtpolitik notwendige Einheit in ähnlicher Weise schaffen werden.

Dortunder Polizei ist sehr erheblich vermehrt worden. Bisherige Schupobeamte sind, mit falschen Pässen versehen, wieder in die Polizei einrangiert worden unter Duldung und sogar Begünstigung sozialdemokratischer Führer.

Es sind sogar Duzende von diesen Leuten mit in die Polizei einrangiert worden, um dann demonstrierende Arbeiter mit blanker Waffe auseinanderzujagen. Und da macht die Ordnungsbefehle keinen Unterschied, ob die Arbeiter kommunistisch, sozialdemokratisch oder christlich organisiert sind. Unter den vielen rekrutierten Arbeitern befinden sich Mitglieder der verschiedensten Richtungen. Die wild gewortene Polizei kann nicht einmal mehr unterscheiden zwischen ihren eigenen Leuten und streikenden Arbeitern. Auf Seche Tremonia waren am 23. noch 350 Streikbrecher angefahren. Polizei besetzte das Werk und schlug auf alles ein, was nach Arbeitern aus sah. Diesmal wurden viele Streikbrecher auf brutale Weise mißhandelt. Der Erfolg war der, daß am kommenden Tage nur noch 115 Streikbrecher einfuhren.

Der französische General gestattet die Niedererschlagung der Ruhrarbeiter

Wie der Montagpost aus Oberfeld gemeldet wird, ist das erneute Gesuch des Regierungspräsidenten Grüner um Zulassung von Schutzpolizei in die durch die Kommunisten gefährdeten Gebiete wiederum von General Deniqués abgelehnt worden, doch hat der General erlaubt, daß die kommunale Polizei in den Orten verweilt, in denen die Lage gerade bedrohlich ist. Die Erlaubnis ist an die Bedingung geknüpft, daß sich der französische Kommandeur der Orte, aus denen die Polizei kommt und des Orts, in dem sie verweilt werden soll, sowie der französische Divisionär mit der Vernehmung und dem Transport einverstanden erklären.

Die erste handrechtliche Entscheidung

Am Sonntagabend früh bei Sonnenaufgang ist der zum Tode verurteilte Schlageter von den Franzosen handrechtlich erschossen worden.

Bürgerliche Latarennachricht aus Dresden

Ein bringt folgenden tendenziös aufgemachten Bericht aus Dresden:

Die Meldungen über den Aufruhr im Ruhrgebiet haben auch hier die kommunistische geheime Kreise der Gewerkschaften und deren Anhang auf den Platz gerufen. Große Demonstrationen sind bereits im Gange. Die Markthallen, Lebensmittel- und Bedarfsmitteleinzelhandel werden blockiert, ihre Schließung erzwungen und genaue Einkäufe den Kaufern abgenommen, ohne daß die Polizei bisher an irgend einer Stelle eingriff. Die Geschäfte teilweise auch die Restaurants haben geschlossen. Trupps jugendlicher Demonstranten durchziehen plündernd die Straßen. Gegen 4 Uhr nachmittags ist die Lage noch unübersichtlicher.

Es kann sich hier nur um eine Darstellung der Preiskontrolle handeln. Die Latarennachricht dient vor allem der Hege gegen das rote Dresden. Es soll Stimmung für die Aktion der Reichswehr geschaffen werden.

Wie die Patrioten die deutschen Devisen flühen

Nach: „Das Tagebuch“ von Leopold Schwarzschild

Über die Frage, wie es eigentlich, trotz Reichsbank und Mendelssohn, zum (vorerst) letzten Marksturz kommen konnte, werden noch immer emsig Betrachtungen und Recherchen angestellt; und obwohl sie alle eine Generaltatsache zu unterschätzen scheinen, nämlich: daß unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt keine sachliche Möglichkeit bestand, auf längere Zeit hinaus, selbst mit unerhörten Opfern, die Mark stabil erhalten zu können, fördern sie doch nicht uninteressante Details aus Licht. Einem dieser Details sind die Devisenkäufe des Herrn Stinnes, über die die „Frankfurter Zeitung“, ohne sich von den ebenso flobigen wie Hebrigen Dementis des päpstlichen Leiborgans einschüchtern zu lassen, höchst nüchtern einige bisher unüberlegte und offenbar auch unwiderlegbare positive Daten brachte.

Noch interessanter als das somit atemnahige Faktum, daß der größte deutsche Industrielle und Händler nicht ganz unbeteiligt an einer Entwicklung ist, die die Reichsbank zwang, an einem einzigen Tage den Gesamtvertrag der Dollaranleihe in Interventionskäufen zu veräußern und die sie am nächsten Tage zwang, die Kurse zunächst einmal überhaupt schießen zu lassen, — noch interessanter als diese Rolle des immer geschäftigen Patrioten Stinnes ist die Gesellschaft, in der er sich dabei befand. Diese Gesellschaft hieß nämlich Poincaré!

Selbstverständlich ist in Deutschland nie ein Wort darüber an die Öffentlichkeit gelangt, — liegt es doch in der Natur dieser großen Zeit, über die wahren Kriegs- und Druckmittel des Gegners ebenso wie über seine wahren Erfolge oder Mißerfolge dem verständnislosen Volk nichts bekannt werden zu lassen. Aber wenn zu Beginn des Ruhrkonflikts von deutscher Seite aus, allerdings mit zu kurzem Atem, berichtet wurde, durch plötzlich massierte Verbände der Ruhr des französischen Franken niedergedrückt (unwiderstehliche Auslandsmeldungen darüber sind vor Wochen hier wieder gegeben worden), so mußte die Frage nahe liegen, wann denn nun, nach Sicherung der Fronten, die französische Regierung ihrerseits, mit vielleicht etwas längerem Atem, zum Gegenangriff gegen die Mark ansetzen werde.

Diese Offensive — eine wichtigere als viele der täglichen Guerillakampagnen — scheint nun am jenen schwarzen 18. April herum tatsächlich erfolgt zu sein; mindestens war dies die Meinung einiger englischer Blätter, und auch der gewöhnliche, immer gut informierte Dr. G. Stolper, Herausgeber des norddeutschen „Oesterreichischen Volksblatt“, erklärt jetzt in einer Betrachtung sehr bestimmt, neben der profit-

mäßig interessierten Marktspekulation das es auch eine politisch interessierte gegeben, und es sei „nicht von der Hand zu weisen“, daß Frankreich „bei dem Ansturm auf die Mark mitgewirkt“ habe. Natürlich geschah das nicht in der Absicht, Deutschland Outes zu erwirken. Aber glücklicherweise haben die verbündeten Franzosen auch hier wieder, wie in ihren Ruhrunternehmungen, in feindsicher Absicht nur Giftreiches geliefert.

Das folgt wenigstens aus der einfachen Überlegung, daß sie doch schließlich nur am selben Markverschlechterungsstrange zogen, wie jene illustren deutschen Bankiers und daß, wenn diese sich am Niedergang des Markkurses betätigen, nicht bezweckelt werden kann, daß solcher Niedergang eben nützlich und vaterländisch erstrebenswert sein muß — vielleicht, weil er ein Mittel zur Hebung des industriellen Absatzes, vielleicht, weil er ein Schutz gegen die fortschreitende, grauenhafte Verblutung der volkswirtschaftlich ja entscheidenden Sachwertammer ist.

Deutsche und amerikanische Löhne

Das Staatliche Arbeitsamt von New York veröffentlicht eine Statistik, in der der Durchschnittslohn der Arbeiter seit 1914 angegeben wird. Danach waren in den von der Statistik erfaßten Betrieben folgende Löhne üblich:

Jahr	Lohn (Dollar)
Juni 1914	12,70
Höchstpunkt 1920	28,08
1921	27,01
1923	26,73

Da die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten im Verhältnis zu 1914 um etwa 50 Prozent gestiegen ist, ergibt sich bei einer außerordentlichen Steigerung während des Krieges auch in Amerika eine Vermindering des Reallohns der Arbeiterkraft nach dem Krieg. Rechnet man den heutigen Dollarkurs von rund 55000, so ergibt sich, in Papiermark umgerechnet, ein Wochenverdienst von 1469600 Mark. Das ist das 12- bis 13fache des Wochen durchschnitts eines deutschen Arbeiters. Selbst wenn man die inzwischen eingetretene Verbesserung der Lebenshaltung in Amerika in Betracht zieht, ergibt sich immer noch ein Verhältnis von mindestens 8:1.

Und trotzdem sind die deutschen Waren, auch in Valuta umgerechnet, nicht billiger als die amerikanischen. Man kann sich demnach ein Bild machen von den Verbleiben des Unternehmers und Aktionäre.

Industriegewinne

Metalwarenfabrik Wilhelm Woff in Horzheim: bei 3,4 Millionen Aktienkapital 63 Millionen Reingewinn. Sämtliche Anlagekosten und Zugänge wurden vor Feststellung des Reingewinnes abgezogen. Sperrrücklage 2,5 Millionen, 59,5 Millionen werden als Dividende verteilt.

Obersteifische Eisenindustrie in Gletitz: bei 100 Millionen Kapital, 1 Milliarde Abschreibungen, 1,2 Milliarden Reingewinn, 200 Millionen als 200% Dividende.

Wollwarenfabrik Mercur in Gletitz: bei 41,5 Millionen Reingewinn 11,9 Millionen Rückstellung für Werterhaltung und 300 Prozent Dividende. Das Aktienkapital wird von 6,4 auf 8,4 Millionen erhöht, die neuen 2 Millionen Aktien übernimmt ein Konsortium zu 100 Prozent bei 25 Prozent Einzahlung (letzte Borsenskurs 47000).

Stahlfabrik Dese: nach 9,8 Millionen Abschreibungen 33,3 Millionen Dividende, das ist 100 Prozent. Das Kapital ist fast ausschließlich 1922 eingezahltes Papier. Kommentar überflüssig!

Der Bucher geht weiter

Nach den Berechnungen der „Industrie und Handels-Zeitung“ sind die Lebenshaltungskosten in der letzten Woche um 13 Prozent gestiegen.

Die Großhandelspreise sind nach der gleichen Zeitung um 18 Prozent gestiegen. Sie betragen gegenwärtig das 114362fache der Vorkriegszeit. Eine neue Erhöhung der Kohlen- und Kupferpreise ab 1. Juni ist angekindigt.

Ein Zwanzigmarkstück 200 000 M.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 28. d. Mts. ab bis auf weiteres zum Preise von M. 200.000.— für ein Zwanzigmarkstück, M. 100.000.— für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 400fachen Betrage des Nennwertes.

Englische Flottenrüstung gegen Rußland

Moskau, 24. Mai. Die „Zvezdina“ verweist auf die Mitteilungen der englischen Zeitungen über die Konzentration der englischen Flotte in allen an Rußland grenzenden Meeren, unter anderem an den Grenzen des Schwarzen Meeres, und erwidert darin den Beweis dafür, daß England bei der Kürze des Reiches der Durchfahrt seiner Kriegsschiffe erzwungen hat hauptsächlich, um dieses Recht gegen Rußland ausüben zu können. Die Zeitung mahnt die Regierung zur besonderen Vorsicht, denn die Handlungsweise der englischen Admiralität scheint ein direkte Vorbereitung eines bewaffneten Konflikts zu sein, trotz der von der Sowjetregierung abgegebenen Versicherungen ihrer Friedensliebe.

Das Mieterchutzgesetz

Von Emil Eichhorn, M. b. R.

Zur 1. Oktober 1923 tritt das Gesetz über Mieterchutz und Mietvereinigungsämter in Kraft. Die Vorlage für die gesetzliche Regelung eines Mietergesetzes ist dem Reichstag am 27. April 1922 zugegangen. Ein volles Jahr hat der Wohnungsausschuß zur Durchberatung der Vorlage gebraucht, und je länger die Beratung dauerte, desto schlechter wurde sie. Es wäre möglich gewesen, nach der langen Ausschüßberatung das Gesetz schnell zu verabschieden, daß es spätestens am 1. Juli 1923 in Kraft treten könnte, aber die bürgerliche Mehrheit, der sich schließlich auch die Sozialdemokraten angeschlossen, trug Bedenken in der ersten Zeit der Ruhrbesetzung, während der Schrei nach der Einheitsfront erdrückte und eine Wiederholung des nationalen Überbrückungsausschusses von 1914 erhofft wurde, eine Vorlage, die mit den kapitalistischen Prinzipien auf so gespanntem Fuß steht und das sogenannte Hausbesitzerkapital stark erregte, in den Reichstag zu bringen; schließlich wurde das Gesetz vor den Wüstingstagen doch noch verabschiedet. Die bestürzten Störungen der nationalen Einheitsfront — wenn eine solche überhaupt bestünde — sind nicht eingetroffen. Und es liegt auch nicht die geringste Ursache dazu vor, denn das Mieterchutzgesetz geht ganz genau mit den Hausbesitzerinteressen um.

Die durch das Ruhen der Bauaktivität während der Kriegszeit eingetretene Wohnungsnot, die sich besonders in der Nachkriegszeit bis zur Unertroglichkeit verschärft hat, zwang die Regierung das Wohnungsproblem in eine gewisse Zwangsverwirklichung zu nehmen. Schon während der Kriegszeit wurden kommunale Wohnungsämter errichtet, denen der Wohnungsnachweis oblag; am 26. Juli 1917 erging von der Reichsregierung eine Mietvertrags-Bekanntmachung, die das freie Kündigungsrecht der Hausbesitzer ein wenig einschränkte. Die Jahre 1918, 1919, 1920 und 1921 brachten ergänzende Bestimmungen auf diesem Gebiete. Dann folgte mit Geltung vom Oktober 1922 das Reichsmietengesetz, das für die Hausbesitzer das materielle Äquivalent für die teilweise Ausschaltung der freien Profitwirtschaft sein soll. Der kapitalistische Staat ist durch die Wohnungsnot in eine Zwickmühle geraten, grundsätzlich ruft er auf dem kapitalistischen der schrankenlosen Profitfreiheit, andererseits wird gerade dadurch die Notlage in gefährlicher Weise verschärft, und so sieht er sich zu Kompromissen genötigt, die begreiflicherweise keinen der Beteiligten befriedigen.

Ein solch schwächliches Kompromiß stellt auch das Mieterchutzgesetz dar. Die früher ergangenen Bestimmungen über die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen werden auf gesetzliche Basis gestellt, und sollen eine gewisse Einheitsfront erfahren, aber man schreit vor durchgreifenden Maßnahmen und einer wirtschaftlichen gemeinnützigen Wohnungspolitik juristisch, aus Rücksicht auf das Hausbesitzerkapital.

Ausschluß des Kündigungsrechts

Im § 1 wird bestimmt, daß künftighin die Auflösung von Mietverhältnissen gegen den Willen des Mieters nur aus bestimmten im Gesetz festgelegten Gründen erfolgen darf. Die Regierungsvorlage enthielt zur Bekämpfung dieses Grundgesetzes den Satz:

„Eine Kündigung des Mietverhältnisses durch den Vermieter findet nicht statt.“

Von der bürgerlichen Mehrheit des Wohnungsausschusses wurde dieser Satz als zu weitgehend gestrichen; in der zweiten Lesung auf Antrag der kommunistischen Fraktion wieder aufgenommen, wurde er in der endgültigen dritten Lesung von den vereinigten bürgerlichen Parteien des Reichstages abermals gestrichen.

Dem Vermieter ist damit allerdings noch kein freies Kündigungsrecht gegeben. Absatz 2 des § 1 bestimmt ausdrücklich, daß das Mietverhältnis auch wenn es für eine bestimmte Zeit eingegangen ist, nach dem Ablauf der Mietzeit fortbesteht, wenn nicht der Mieter sich dem Vermieter gegenüber auf Beendigung des Mietverhältnisses beruft. Der Vermieter kann nur auf Beendigung des Mietverhältnisses klagen auf Grund der in § 2 bis 4 erwähnten Gründe. Der Vermieter kann sich auch nicht auf ein etwa vertraglich vorbehaltenes Rücktrittsrecht berufen, wenn der Mieter nicht sein Einverständnis hierzu erklärt. Ein Besitzwechsel im Hause ändert an diesem Rechtsstand nichts, denn nach der gesetzlichen Vorschrift steht dem Vermieter gleich, wer nach Abschluß des Mietvertrages das Eigentum an dem Grundstück erwirbt.

Schade für die Aufhebung des Mietverhältnisses

Der Vermieter kann nach § 2 auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen, wenn der Mieter oder eine Person, die zu seinem Hausstand oder Geschäftsbetrieb gehört, oder der er den Gebrauch des Mietraumes überlassen hat, sich einer erheblichen Verletzung des Vermieters oder eines Hausbewohners schuldig macht oder durch unangemessenen Gebrauch des Mietraumes oder Vernachlässigung der gebotenen Sorgfalt bei Mietraum oder das Gebäude erheblich gefährdet, oder wenn der Mieter einem Dritten den Gebrauch des Mietraumes belästigt, obwohl er zur Überlassung nicht befugt ist. Die angemessene Wahrnehmung der Be-

zugnisse eines Mietervertreters ist als Belästigung nicht anzusehen.

Die Aufhebung ist nur zulässig, wenn der Mieter ungeachtet einer Abmahnung des Vermieters das Verhalten fortsetzt, oder es unterläßt, eine ihm mögliche Abhilfe zu schaffen, oder, wenn das Verhalten des Mieters oder einer der im Abs. 1 bezeichneten Personen ein solches war, daß dem Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann. Hatte der Vermieter oder eine zu seinem Hausstand gehörige Person die Belästigung (Abs. 1) durch eigenes Verschulden veranlaßt, so findet eine Aufhebung nicht statt.

Der Vermieter muß die Klage binnen sechs Monaten von dem Zeitpunkt an erheben, in dem er von dem Aufhebungsgrund Kenntnis erlangt hat. Die Klage ist ausgeschlossen, wenn seit dem Entstehen des Aufhebungsgrundes ein Jahr verstrichen ist.

Die oben erwähnten Sachverhalte des Mieterchutzgesetzes brüden sich besonders drastisch im vorstehenden § 2 aus. „Erhebliche Verletzung“ des Vermieters soll Klagegrund sein; was eine „erhebliche Verletzung“ ist, entscheidet der Richter. Die Folge wird eine ganz willkürliche Rechtsprechung sein, denn der Richter entscheidet nach seiner subjektiven Auffassung und selbstverständlich auch in Ansehen des Vermieters. Gehört hier zu den sogenannten oberen Schichten, dann wird unter Umständen schon ein etwas robustes Auftreten des Mieters bei der Wahrnehmung seiner Rechte als Verletzung angesehen werden. Besonders ansehbar wird die Bestimmung noch dadurch, daß die „Verletzung“ nicht nur vom Mieter selbst, sondern auch von den zu seinem Hausstand oder Geschäftsbetrieb gehörenden Personen ausgehen kann, und daß nicht nur der Vermieter, sondern auch andere Hausbewohner sich belästigt fühlen dürfen. Jeder Weiberlächer oder in größeren Mietstältern nicht seltener Hausstrolach kann auf diese Weise vom Vermieter als Vorwand zu einer Räumungsklage benützt werden. Die kommunistische Fraktion hatte beantragt, wenigstens die „Verletzung der anderen Hausbewohner“ zu streichen und wiederholte vergebliche Abmahnungen des Mieters zur Voraussetzung der Klage zu machen. Die Anträge wurden vom Bürgerblock abgelehnt.

Ebenso schwammig ist die Bestimmung, daß eine Räumungsklage erfolgen kann wegen „unangemessenem Gebrauch“ oder „Vernachlässigung des Mietraumes“. Bei der herrschenden Wohnungsnot wird mancherlei in der Wohnung gemacht werden müssen, das unter normalen Verhältnissen in anderen verfügbaren Räumen geschieht. Und um „Vernachlässigung“ kommt der nicht zu den Schiebern und neuen Reichen gehörende Mieter gar nicht herum in Ansehung der jetzt herrschenden Preise für jede kleine Reparatur. Umso rigorosere wirkt es, wenn auf solche Bestimmungen Räumungsklagen gestellt werden können, die im Falle des Erfolges zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz des Mieters führen können.

Streit um rückständige Miete

Eine Aufhebung des Mietverhältnisses soll auch zugelassen sein, wenn der Mieter mit seiner Miete im Rückstand bleibt. Bei der vorhergehend üblichen monatlichen Mietzahlung soll die Klage zugelassen sein, wenn der Betrag den Mietzins von zwei Monaten, bei vierteljährlicher Mietzahlung schon, wenn der schuldige Betrag eine Vierteljahrssrate erreicht. Wird die Miete pränumerando erhoben, ist die Klage erst vier Monate, bei postnumerando-Zahlung schon einen Monat nach der Fälligkeit zulässig. Als Mietzins gilt Grundrente, Zuschläge und Umlagen demnach würde auch die Herabsetzung der Umlagezahlung als Mietzinsrückstand angesehen werden.

Einer Aufhebungsanzeige ist nicht stattzugeben, wenn die Mietschuld auf Ansehnlich des Mieters über den Zeitpunkt der Fälligkeit des Mietzinses beruht.

Die Aufhebung des Mietvertrages ist nicht mehr zulässig, wenn der Mieter den Vermieter vor dem Erlass des Urteils befriedigt, oder wenn der Mieter seine Schuld gegen eine Forderung an den Vermieter ausrechnen kann, und bis zum Erlass des Urteils die Ausrechnung vor Gericht beantragt. Hierbei ist aber eine andere Bestimmung des Gesetzes in § 21 zu berücksichtigen, welche die Aufrechnungsmöglichkeiten erheblich einschränkt. Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch §§ 537 und 538 ist der Mieter dann von der Entrichtung des Mietzinses befreit, wenn die Wohnung mit Fehlern behaftet ist, die den vertragmäßigen Gebrauch aufheben oder mindern. Wenn während der Mietzeit solche Schäden entstehen, so hat der Mieter, falls die Schäden nicht beseitigt werden, Anspruch auf Schadenersatz oder er kann, wenn er diese Schäden beseitigt, Erlass der erforderlichen Aufwendungen verlangen.

§ 21 des Mieterchutzgesetzes unterwirft zunächst die vorstehend angeführten Rechte, indem ein etwa im Mietvertrag festgelegter Verzicht des Mieters auf diese Rechte für ungültig erklärt wird. Der Bürgerblock hat indessen eine Verschlechterung hinzu gefügt, die jene Rechte wieder fast illusorisch macht. Der Mieter, wenn er die „gesetzliche Miete“ zahlt, kann eine Forderung für selbst besetzte Schäden nur aufrechnen, wenn das Mietverhältnis auf vor der Fortsetzung der Arbeit diese als

laufende Instandsetzungsarbeit für erforderlich erklärt hat (§§ 5 und 6, Absatz 2 und 3 des Reichsmietengesetzes).

Aufhebung des Mietvertrages im Interesse des Vermieters

Außer den Belästigungen und unangemessenen Benutzungen der Mieträume, sowie den Mietrückständen steht das Gesetz noch einen weiteren Grund für die Auflösung des Mietvertrages vor; ein Grund, der ähnlich denkbar ist, wie die Bestimmungen in § 2. Nach § 4 kann der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen, wenn für ihn aus besonderen Gründen ein so bringendes Interesse an der Erlangung des Mietraumes besteht, daß die Vorenthaltung eine schwere Unbilligkeit darstellen würde. Die „besonderen Gründe“ sind im Gesetz nicht näher erläutert, es hängt wieder ganz vom Richter ab, was er bei der Mannigfaltigkeit der Verhältnisse als „besondere Gründe“ und als „bringendes Interesse“ ansehen will; es wird dem Richter nur ausdrücklich in denselben Paragraphen aufgegeben, daß er auch die Verhältnisse des Mieters zu berücksichtigen hat. Ferner soll zugunsten des Mieters sprechen, wenn er im Einverständnis mit dem Vermieter in der Wohnung bauliche mit einem erheblichen Kostenaufwand verbundene Arbeit hat vornehmen vornehmen lassen. Mit dieser Bestimmung wollte man verhindern, daß Hausbesitzer Mieter, die auf eigene Kosten die Wohnung hergerichtet und verbessert, sich vielleicht Bäder einbauen lassen usw., dann aus der im Werte gesteigerten Wohnung hinausgeraule.

Das Mieterchutzgesetz bezieht sich auch auf gewerbliche Räume. Wenn es sich in diesem Falle um gewerbliche Räume handelt, soll abgewogen werden, ob der Mieter nur diesen einen Raum als Betriebsstätte besitzt, und ob etwa der Vermieter, wenn er außer einer Hauptbetriebsstätte noch mehrere Zweigstellen im Gemeindebezirk besitzt, den beanspruchten Mietraum lediglich zur Vergrößerung seines Betriebes verwenden wollte; im letzteren Falle würde er abzuweisen sein.

Das Gericht kann bei all diesen, auf § 4 stützbaren Klagen die Aufhebung des Mietverhältnisses auf einen Teil des Mietraumes beschränken, insbesondere wenn der Hauswirt Nebenräume, welche nicht Wohnräume sind

oder unbefristete Teile des Wohnraumes zur Herstellung selbständiger Wohnungen braucht. Natürlich muß in diesen Fällen der Mieter zur Herabgabe bereit sein.

Entscheidet das Gericht in solchen Fällen zugunsten des Hausbesizers, so kann es auch auf Antrag des Mieters den Hausbesitzer verpflichten, dem Mieter die für den Umzug nötigen Teile des Gemeinbezirks erforderlichen Kosten ganz oder teilweise zu ersetzen. Allerdings ist wieder die Einschränkung getroffen, daß die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Vertragsparteien nach Billigkeit zu berücksichtigen sind. Da der Hausbesitzer immer noch schwerer Notleidenden stellt, werden wohl die meisten Mieter Umzugskostenstriche der Mieter ablehnen. Soweit Umzugskosten vom Gericht zugesprochen werden, ist die eventuelle Ermittlung des Mieters von der Hinterlegung dieser Umzugskosten abhängig zu machen. Der Mieter muß über diese seine Rechte vom Gericht belehrt werden.

Der Bürgerblock hat dem § 4 noch eine Verschlechterung zugunsten der Hausbesitzer angefügt, die dahingehet, daß das Gericht in einem das Mietverhältnis aufhebenden Urteil ausdrücklich bestimmen kann, daß diese Räume von der Gemeindebehörde nicht beschlagnahmt werden dürfen, und daß dieses Urteil unanfechtbar sein soll, das heißt, daß ein Hauswirt, wenn es mit Hilfe eines gefälligen Gerichts gelungen ist, den Mieter aus dem Hause zu bringen, die frei gewordenen Räume auch nach der Verfügung des Wohnungsamtes anziehen kann.

Wenn ein Mietverhältnis auf Grund des § 2 (Belästigung oder unangemessener Gebrauch der Wohnung) und des § 3 (Mietrückstände) vom Gericht aufgehoben wird, kann auf Antrag des Vermieters das Mietverhältnis mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden. Im übrigen richtet sich der Zeitpunkt der Wohnungsräumung nach den üblichen Kündigungsbestimmungen, d. h. nach der Klageerhebung nachfolgende mögliche Kündigungsfrist zu berücksichtigen ist. Wenn im Mietvertrag eine Kündigungsfrist nicht vereinbart ist, gelten die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuchs (§ 565). Der Zeitpunkt der Wohnungsräumung muß im Urteil angegeben sein.

(Ueber die weiteren Bestimmungen des Mieterchutzgesetzes im nächsten Artikel.)

Zur Bildung kommunistischer Betriebszellen

Der Zentralausschuß der KPD. hat in seiner Sitzung vom 16. Mai folgende Resolution angenommen:

Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist die Führung des proletarischen Klassenkampfes zur Errichtung der Sowjet-Diktatur, deren hauptsächlichste Träger die Arbeiter der Großbetriebe sind. Diesen Kampfaufgaben der Partei muß der Organisationsaufbau entsprechen. Darum gilt es, die Arbeitermassen nicht nur als Staatsbürger, sondern vor allem als Angehörige der proletarischen Klasse zu erfassen, um in erster Linie im Betrieb den ökonomisch-politischen Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Die KPD. wird demzufolge ihr Ziel nur erreichen, wenn sie fest in den Betrieben verwurzelt ist und die Betriebszellen die Hauptorgane der Partei sind.

Die Erfahrungen in der Betriebsrätebewegung und bei der Bildung der proletarischen Betriebskommissionen lehren, daß der Kampf gegen die Offenside des Kapitals und gegen den Faschismus nur dann erfolgreich zeitigt, wenn die Betriebszellen als wichtigste politische Organe der Partei funktionieren.

Auf Grund dieser politischen Notwendigkeiten verpflichtet der Zentral-Ausschuß der KPD. die Parteimitglieder, im Sinne der Beschlüsse der kommunistischen Internationale in den nächsten Wochen vorerst folgende Maßnahmen mit allen Kräften durchzuführen:

1. Bis zum 15. Juni ist in allen Bezirken, Unterbezirken bzw. Kreisleitungen die Schaffung der Betriebszellen und ihre politische Arbeit zu beschreiben. Von diesen Parteitorganen sind für ihr Tätigkeitsgebiet Genossen (Korrespondenten) speziell mit der Organisierung und Kontrolle der Betriebszellenarbeit verantwortlich zu beauftragen.

2. Bis 1. Juli sind nach Beratung in den Ortsleitungen die Fragen der Betriebszellenarbeit in den Funktionär- und Mitgliederzusammensetzungen zu besprechen. Ein Genosse ist mit der Leitung der Betriebszellenarbeit verantwortlich zu beauftragen. Die Tätigkeit der Funktionäre muß sich konzentrieren auf Schaffung von Betriebszellen in den Großbetrieben,

wo die günstigsten Voraussetzungen vorhanden sind. Die leitenden Parteifunktionäre, vor allem die Angestellten der Partei, Referenten usw., sind einigen bestimmten Betriebszellen zur Mitarbeit zuzuteilen. Die Mitglieder der Betriebszelle kommen regelmäßig bei allen wichtigen politischen und Betriebsereignissen und vor jeder Betriebsversammlung und Betriebsräteversammlung zusammen und besprechen die vorliegende Situation, sowie die Durchführung der daraus resultierenden konkreten Aufgaben im Betrieb bzw. im Ort.

3. Ueber das Arbeiterleben, über die politische Arbeit im Betriebe und vor allem über die wirtschaftlichen Kämpfe ist regelmäßig vom Ortsrat der Betriebszelle an die Parteidresse zu berichten. Die Redaktionen sind verpflichtet, die Berichte je nach ihrer Bedeutung im politischen Teil oder unter der Rubrik: Aus den Werkstätten und Betrieben zu veröffentlichen. Nur wenn die kommunistische Presse endlich das Arbeiterleben und die Arbeiterkämpfe widerspiegelt, und konkret die nächsten Aufgaben der Arbeiter in den einzelnen Betrieben behandelt werden, die kommunistischen Zeitungen zu wirklichen Arbeiterzeitungen, die von breiten Massen der Arbeiter aufmerksam gelesen werden.

4. Die Parteitorgane sind verpflichtet, neben diesem Aufbau der Betriebszellen den Ausbau und die Steigerung der Arbeit der Zehnergruppen in den Wohnbezirken zu fördern. Die Betriebszellen und die auf den Zehnergruppen basierenden Wohnbezirksorganisationen sind organisatorisch und politisch ein einheitliches Ganzes. In der Ortsleitung und im Funktionärkörper müssen aus Gründen der Aktionsfähigkeit der Partei die Funktionen der Betriebszellen entscheidenden Einfluß besitzen. Das Zehnersystem der Wohnbezirksorganisationen hat auch weiterhin die Aufgabe, die Delegationsfunktion durchzuführen und sie nicht in den Großbetrieben arbeitenden zu ersetzen. Durch diese Kombination der Delegationsarbeit und Zehnergruppenarbeit werden die organisatorischen Voraussetzungen für die Aktionsfähigkeit der Partei geschaffen.

Aus Gewerkschaften und Betrieben

Veränderungen in der Leitung der Union

Wie wir dem Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter entnehmen, sind die Genossen Hammer und Hermann aus der Reichszentrale der Union zurückgetreten. Folgende Veränderungen sind in der Leitung der Union erfolgt:

In die Stelle des Genossen Hammer wurde der Genosse Edling zum Organisationsleiter, an die Stelle des Genossen Hermann wurde der Genosse Jäger-Braunschweig zum Betriebsratssekretär gewählt. Da Genosse Edling die Organisationsleitung übernimmt, tritt an seine Stelle als Betriebsleiter in Rheinland-Westfalen der Genosse Dillmann.

Ueber die Gründe des Rücktritts der Genossen Hammer und Hermann gibt folgende in der "Union" veröffentlichte Erklärung Auskunft:

Auf der am 28. und 29. April zu Welschen Tagen abgehaltenen Reichskonferenz der Industriegruppe der Metallarbeiter ergaben sich zwischen den Genossen Hammer und Hermann einerseits und Vertretern der Reichszentrale andererseits tatsächliche Differenzen in der Frage Industriegruppen oder Industrieverbände.

Um einer weiteren geschäftlichen Arbeit der Union nicht im Wege zu stehen, erklären beide Genossen hiermit ihren Rücktritt. Dazu schreibt das Ruhr-Gebiet:

„Zweifelsohne bedeuten diese Vorgänge ein Zeichen der Festigung und Klärung in den Reihen der Union, wie es in einer einstimmig angenommenen Resolution der Funktionäre der kommunistischen Partei des Unterbezirks Gelsenkirchen heißt. Da Hammer und Hermann sich der Entwicklung der Union, wie sie der letzte Weltkongress festgelegt hat, entgegenstellten, konnten sie nicht mehr an der Spitze der Organisation bleiben. Es wird heute keinen Menschen mehr gelingen, die Union der Hand- und Kopfarbeiter in einen Kampf gegen die Rote Gewerkschaftsinternationale und die kommunistische Partei zu führen, wie es die zurückgetretenen Genossen versucht haben.“

Aus russischen Betrieben

Die Zeitung der Berliner Straßenbahner hatte auf ein Schreiben der Moskauer Straßenbahner durch einen Antwortschreiben, der von den Vertretern der Berliner Organisation in der deutschen Delegation zur Spektakel in Moskau in zwei großen Straßenbahner-Versammlungen den dortigen Arbeitern bekannt gegeben wurde. Bei dieser Gelegenheit berichteten die Genossen aus Berlin und Hamburg über die Lebensumstände der Gemeindegewerkschaften in diesen beiden größten Städten Deutschlands.

„Nach Entgegennahme der Referate der Genossen Ruth-Fischer, Thalman und Mahlam aus Deutschland“ und nach Kenntnisnahme der Aufträge der Straßenbahner von Berlin und Hamburg und der Grüße an die Moskauer Straßenbahner, dankten wir, die Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten des Moskauer Bahnhofs der Moskauer Straßenbahner für den brüderlichen Gruß und erklärten, daß wir mit gespannter Aufmerksamkeit den heldenhaften Kampf des deutschen Proletariats verfolgen, welches unter ungläublich schweren Bedingungen gegen die bürgerliche Ausbeutung, die Verelendung und Bedrückung des deutschen Volkes durch die blutige Entzweiung-Bourgeoisie

kämpft. Wir brandmarken die deutsche Sozialdemokratie, welche in unerhörter Weise die Interessen der Arbeiter verrät und sie schamlos verpöthet. Wir rufen unsere Brüder, die deutschen und die Hamburger Straßenbahner auf, sie mögen sich von den Verrätern in der Sozialdemokratie abwenden und in die Reihen der KPD. eintreten, und dieser ihr Schicksal anvertrauen. Denn nur die kommunistische Partei kann Euch und das deutsche Volk als Ganzes von dem Elend und von jener Erniedrigung und Sklaverei befreien, in die Ihr jetzt infolge des Verrats der Sozialdemokratie geraten seid. Als bester Beweis hierfür dienen wir. Als in Rußland im Jahre 1917 die Bourgeoisie mit den Sozialrevolutionären und den menschenwichtigen Sozialdemokraten die Macht ergriffen hatten, haben sie die Greuelungen, die wir mit unserem Blute geschaffen haben, vernichten wollen. Und nur weil wir in dieser Zeit unser Schicksal der russischen kommunistischen Partei, den Bolschewiki, anvertraut haben, die uns nicht nur vor den Angriffen der Kompromißler-Parteien bewahrt haben, sondern unter Bedingungen des Bürgerkrieges, wie sie in der Geschichte der Menschheit so schwer noch nie dagewesen sind, und unter dem Angriff des Weltkapitals und die Sowjetmacht erobert und für immer die Diktatur des Proletariats besetzt haben. Als anderen Beweis nennen wir Euch, Genossen und Brüder von den Straßenbahnern, das aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der russischen kommunistischen Partei allein auf unserem Straßenbahnhofs 180 Arbeiter und Arbeiterinnen in die russische kommunistische Partei eingetreten sind und daß jetzt fast alle Arbeiter und Arbeiterinnen in unsere Partei, die KPD, eintreten wollen. Diese Tatsachen, liebe Genossen, mögen Euch als Beweis dienen, und es wird für uns, die Moskauer Straßenbahner, die Mitteilung darüber, daß Ihr diesen höheren Weg nach uns beschritten habt, die größte Ehre sein, und wir versprechen Euch, Euch bei der Verwirklichung dieses Weges jederzeit jegliche Hilfe angedeihen zu lassen.

Vorwärts für die Diktatur des Proletariats! Fort mit den Verrätern der Arbeiterklasse, den Sozialdemokraten!

Es lebe die kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe unsere Führerin, die 3., die kommunistische Internationale!

Die Resolution wird einstimmig unter stürmischem Beifall angenommen und es wird beschlossen, ein Exemplar dem Berliner Vertreter zur Auswändigung an die Gewerkschaften und ein zweites dem Genossen Thalman zur Übergabe an die Hamburger Straßenbahner zu übergeben.

Sekretär der kommunistischen Zelle des Moskauer Straßenbahnhofs:
Vorstand des Ortskomitees des KPD:
Sekretär (Stempel)

Ausdehnung des Bauarbeiterstreikes in Waldenburg

Man schreibt uns:

Nachdem der Streik in Waldenburg beschlossen war, wurde am Dienstag, den 25. Mai, auf sämtlichen Baustellen die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer des Sta. durch ein Manifest ihrerseits die Kollegen zu verwirren, indem sie pro Stunde 20 Mark Vorkauf zahlten und stellvertretend den Arbeitern erklärten, sie sollen weiter arbeiten, die 20 Prozent würden bezahlt. Die Quertreiberei der einzelnen Unternehmer ging diesmal wieder fehl, denn die Kollegen setzen sich nicht an der Nase herumführen. Sehr empört sind die Unternehmer, daß sich die Lehrlinge reißlos am Streik beteiligen, einzelne haben sogar den Eltern der Lehrlinge,

den Befehlungsvertrag gekündigt. Wir Bauarbeiter werden aber dafür sorgen, daß auch der letzte Lehrling wieder in seine Arbeit kommt. Am 22. Mai erklärten sich die Poliere und Schichtmeister solidarisch mit uns, indem sie beschlossen, ab 23. Mai in den Streik zu treten. Inzwischen war von städtischen Körperschaften eine Einigungsverhandlung für beide Parteien anberaumt worden, in der, wie im voraus zu sehen war, keine Einigung zustande kommen konnte. Die Unternehmer verhandelten nicht mal über die minimalste Forderung, welche darin bestand, die Löhne der Bauarbeiter den Spitzenlöhnen der Industrie anzupassen. Die Unternehmer machten vielmehr die Verhandlungsteilnehmer auf die ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches aufmerksam, es wurde ihnen aber gleichzeitig erklärt, daß auch dies für unsere Sache nicht von Bedeutung sei. In einer überfüllten Streikerversammlung nahmen die Kollegen den Bericht der Verhandlung entgegen. Die Aussprache ergab den einstimmigen Willen zur Weiterführung des Streiks. Solange die Unternehmer nicht gewillt sind, das Existenzminimum zu zahlen, wird der Kampf mit den schärfsten Mitteln weitergeführt. Es wurde zur Kenntnis genommen, daß sich die Freiburger und Schweidnitzer Kollegen dem Kampfe angeschlossen haben. Im Laufe der Versammlung wurde bekannt, daß der Zweigverein Breslau den streikenden Kollegen von dort, welche hier gearbeitet haben, weder Streikkarte noch Streikstempel verabsolgt, den Kollegen sogar noch gesagt wird, es ist ein wilder Streik. Diese erbärmliche Handlungsweise des dortigen Zweigvereinsangestellten müssen wir aufs schärfste verurteilen. Wir verlangen von den Breslauer Kollegen, daß sie uns in unserem Kampfe, welcher auch ihr Kampf ist, unterstützen und an ihrer Futtertröcke mal rechte Aufräumungsarbeit verrichten.

Forderungen der Belegschaft der Hohenzollergrube

Am 23. Mai fand eine Belegschaftsversammlung der Hohenzollergrube statt. In der Versammlung brachte die Belegschaft ihre Beschwerden über die Schikanen seitens der Verwaltung zum Ausdruck, und zwar mit vollem Recht. Denn auf keiner Anlage in ganz Deutschland wird die Arbeiterschaft so ausgebeutet, wie auf der Hohenzollergrube. Die Verwaltung und Direktion der genannten Grube wurde auf einmal mit einem neuen Geist befeelt, welcher ganz neue Richtlinien ausarbeitete. Sämtlichen Kindern, deren Ernährer tot ist, wurde der Soziallohn und die Deputatshöhe abgezogen. Ueber 300 Familien, die keinen Ernährer haben, wurde die Lohn- und Vorkaufszahlung eingehalten, und zu den Feiertagen ohne einen Pfennig Geld nach Hause geschickt. Ferner stellt sich die Verwaltung auf den Standpunkt, dem Ernährer die entnommene Deputatshöhe und den Soziallohn vom Lohne in Abzug zu bringen. Sie ist der Meinung: nach den Richtlinien des Tarifvertrages gibt es keine Ernährer, wenn der Vater fehlt, und zwei minderjährige Kinder arbeiten, da zwei Kinder die Mutter erhalten können. Das ist eine Ungerechtigkeit und trägt zur noch größeren Verelendung der Arbeiterklasse bei. Unverzüglich ist aber die Ausbeutung des Arbeiters auf der Hohenzollergrube von der Belegschaft wurden folgende Forderungen gestellt:

1. Die Organisationen sollen die Höhe des Lohnes den Friedenspreisen anpassend fordern.
2. Die Organisationen dürfen den Betriebsräten keine Schwierigkeiten machen, sondern ihnen behilflich sein, sich zu zentralisieren.

3. Die Belegschaft fordert auf die Feuerungszulage für Mai einen baldigen Vorkauf.
4. Ferner fordert die Belegschaft zu jeder Belegschaftsversammlung die Anwesenheit des Direktors oder dessen Vertreter.

Arbeiter-Sportbewegung Schwerathletik

Arbeiter-Athleten-Bund 1. Kreis Schlesien, Bezirk Breslau.

Auf dem bei Felshammer gelegenen, von dem Waldburger Bergland umrahmten schönen Sportplatz des Neu-Bäffiger Kraftsportvereins, wurde in Anwesenheit mehrerer tausender Zuschauer an demselben Pfingstfesttage die Kreismeisterschaft der schlesischen Arbeiter-Athletenvereine im Ringen, Gewichtheben und in Leichtathletik unter Teilnahme von 800 Konkurrenten ausgetragen. Die Wettkämpfe ergaben ein für die teilnehmenden Breslauer Bezirksvereine folgendes günstiges Resultat:

Ringern: leichte Jugend, 1. Mosig (Felsenfest), 2. G. Gorgella (Eichenlaub), 3. Palm (Arb.-Athlet), Mittel-Jugend, 1. Schmidt (Arb.-Athlet), Schwere Jugend, 3. Jozig (Eichenlaub), Pantamgewicht, 1. F. Jany (Germania 97), 2. Wote (Arb.-Athlet), 3. Groß (Germania 97), 4. Wüstred (Arb.-Athlet), Federgewicht, 1. W. Ringel, 3. Hauschild (Arb.-Athlet), 4. Bugdalle (Gylop), 6. Knüppel (Felsenfest), Leichtgewicht, 2. F. Glattk (Felsenfest), 5. W. Wolf (Eichenlaub), 6. R. Werner (Viktoria), Leichtes Mittel, 3. Bogel (Felsenfest), Schweres Mittel, 2. Sacher (Felsenfest), Schwergewicht, 1. W. Meinde (Germania 97), 3. P. Gorgella (Eichenlaub). Gewichtheben: Pantamgewicht, 1. Franke (Arbeiter-Athleten), 4. Fennemann (Felsenfest), 5. Ringel (Arb.-Athlet), Leichtgewicht, 4. Fabich (Felsenfest), Leichtes Mittel, 1. R. Wedegk (Herkules), 3. Reib (Felsenfest).

Den Neu-Bäffiger Sportkollegen sei für die herzliche Gastfreundschaft, die uns dort empfangend bestens gedankt. P-y.

Die Kreismeisterschaft des 7. Kreises des Deutschen Arbeiter-Schachbundes

Einem imposanten Verlauf nahm die Veranstaltung, welche am 20. und 21. Mai im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses vor sich ging. Schon am Sonnabend abend hatten sich die meisten ausmärtigen Schachgenossen eingefunden. Nach der Auslosung bezogen alle Schachfreunde ihre Quartiere, um am nächsten Morgen mit frischen Kräften den Kampf zu beginnen.

Nachdem am Sonntag früh 9 Uhr die Begrüßung der Kreisleitung erfolgt war, setzten sich laut Wettkampfordnung, von jeder Ortsgruppe 10 Spieler an die Bretter, um die erste Runde anzutragen. Es spielten die Vereine Hindenburg gegen Breslau mit 5 1/2:4 1/2 und Görlitz gegen Grünberg mit 9:1 Punkten. Die zweite Runde, welche am Nachmittag stattfand, ergab folgendes Resultat: Görlitz gegen Hindenburg 5 1/2:4 1/2, und Grünberg gegen Breslau 0:10 Punkten. Für diesen Tag waren die Kämpfe beendet.

Am Montag früh ging die dritte und letzte Runde von statten. Breslau gewann gegen Görlitz mit 7 1/2:2 1/2, und Hindenburg siegte gegen Grünberg mit 10:0 Punkten. Das Gesamtergebnis war folgendes: Breslau 22, Hindenburg 20, Görlitz 17 und Grünberg mußte sich mit 1 Punkte begnügen, da die Mannschaft nur mit 6 Spielern antreten konnte. Die Ortsgruppe Breslau ist demnach Vereinskreismeister des 7. Kreises geworden.

Gleichlaufend mit der Vereinskreismeisterschaft wurde die Einzelkreismeisterschaft ausgetragen. Die einzelnen Ergebnisse sind in folgender Tabelle ersichtlich:

	1	2	3	4	5	Pkt.
Hartmann	—	1	1	—	1	3
Fuchler	0	—	0	0	0	0
Euler	0	1	—	0	0	1
Knobloch	—	1	1	—	1	3
Knyaz	0	1	1	0	—	2

Die entscheidende Partie Hartmann-Bunzlau und Knobloch-Görlitz mußte nach 78 Zügen und 6 1/2 stündiger Spieldauer abgebrochen werden. Sie wird Sonntag, den 3. Juli in Bunzlau beendet. Schachgenosse Fuchler-Biegitz, der den Breslauer Bezirk vertreten sollte, war nicht anwesend, weshalb seine Partien kampflos verloren gingen.

Den Abschluß bildete eine gesellschaftliche Veranstaltung, welche dazu beitrug, die letzten Stunden noch recht frohlich zu verleben. Die gesamte Veranstaltung wird jedem als ein Markstein in der Geschichte der schlesischen Arbeiter-Schachbewegung unvergesslich bleiben.

Arbeiter-Schachverein Breslau
Die Kreisleitung.

Die schwarze Seele.

Ein sozialer Roman von Jac London.

Das andere Verbot ging sie daran, die Tat auszuführen. Anna Kohnen war ein befreundetes Weib. Sie brachte nur einen Mann zu sich heranzuziehen. Sie brach die Herzen der unglücklichen unserer jungen Genossen, und einer Menge anderer Männer mußte sie das Herz und führte sie auf diese Weise in unsere Organisation. Aber sie weigerte sich, handhaft zu werden. Sie liebte Kinder zärtlich, aber sie meinte, daß ein eigenes Kind sie der Sache, der sie ihr Leben geweiht hätte, entziehen würde.

Die Anna Kohnen war es ein kleines, dunkelhaariges Mädchen. Ihr Gesichtsausdruck war nicht, denn gerade in jener Zeit fand das Rasthülle Malheur statt, als sie, ein Jahr, unter Sonnenschein, glücklichlich nachhundert Jahre jener Stadt erwiderte. Aber sie liebte Sonnenschein nicht. Sie übergab ihn als Gefangenen den Frisco Kohnen. Das war erst im letzten Jahr, und nun ist sie angekunst worden. Weiblich nennt die Revolutionäre sie die „Rote Jungfrau“.

Kolonel Jaganow und Kolonel von Silbert sind zwei bekannteste Persönlichkeiten, die jetzt mit ihnen zusammen. Kolonel Jaganow ist in der Organisation hoch empört und wurde ebenfalls zur Gefangenschaft. Er wurde von dem Proletariat beider Länder anständig gehat.

Ich begegnete ihm in Berlin, wo ich als bekanntester internationaler Spion der Eisenen Seite von ihm empfangen wurde: und mancherlei Hilfe leistete. Bekanntlich sei erzählt, daß ich in meiner Doppelrolle einige bedeutungsvolle Gelegenheiten für die Revolution erlebte.

Kolonel von Silbert wurde als der „König“ von Ostberlin bekannt. Seine bedeutendste Rolle spielte er, als er nach der Chicagoer Kommune das neue Gesetzbuch zusammenstellte. Vorher schon war das Urteil über ihn wegen fernerleulischen Bosheit als Untersuchungsrichter gesprochen worden. Ich gehörte zu denen, die ihn verurteilten und das Urteil fällten. Anna Kohnen führte es aus.

Und noch eine andere Figur aus der früheren Zeit ist bekannt — der Verteidiger Jaganow. Dieser Anna, Joseph Jaganow, war der letzte, den ich je wieder zu sehen erwartete hätte. Es war eine kühne Begegnung. Drei Jahre nach der Chicagoer Kommune langten Jaganow und ich spät nachts in der Heaton-Rambow-Justizsäule an. Diese lag in Michigan, aber dem Ort von Chicago. Mir kamen gerade ein Gefährt des Botschafts eines Spions an. Das Todesurteil war gesprochen worden, und der Spion wurde weggeführt. In diesem Augenblick kamen wir dazu. Im nächsten Augenblick sah ich den unglücklichen Mann den seinen Händen los und führte sich vor meine Füße, dann presste er meine Knie in seine Arme wie in einem Schraubstock und schrie rufend um Erbarmen. Als er sein angstgequältes Gesicht mir zuzuwandte, erkannte ich ihn als Joseph Jaganow. Nichts von allen Ereignissen, was ich miterlebt habe, hat mich so eckantig, wie das Gehen dieses schreienden Schicksals um sein Leben. Er war krank nach Leben. Es war jammervoll. Er ließ mich nicht los, trotzdem ein Duzend Genossen an ihm zerrten. Als er endlich schreiend fortgeschleppt wurde, kam ich ohnmächtig hin. Es ist viel leichter, einen mutigen Mann sterben zu sehen, als einen Feigling um sein Leben wünschen zu hören.

20. Kapitel
Ein verlorener Dignität

Aber im Gedanken des alten Lebens bin ich meiner Erzählung in das neue Leben vorangereist. Die allgemeine Flucht aus den Gefangnissen zog sich bis zum Jahre 1915 hin. Es war eine verwickelte Sache, aber sie wurde ohne Hindernis ausgeführt, und sie mutierte uns als sehr achtbares Werk bei unserer Arbeit auf. Aus den zahllosen Gefangnissen, militärischen Strafaktionen und Festungen von Cuba bis nach Kalifornien befreiten wir in einer einzigen Nacht ein oder zweihunderttausend Angehörige und mehr als dreihundert andere Jäger. In keinem einzigen Falle mißlang uns die Sache. Die Befreiten erlitten nicht nur, sondern sie erreichte auch alle die für sie bestimmten Zufluchtsorte. Der einzige Anstrengung war ich infolge der Einigkeit zu behaupten: ich konnte Augenblick darin verharren, so geheimerisch war die neue Bewegung geworden, die ich geschaffen hatte.

leht habe. Während dieser Zeit waren wir immer zusammen. Später, als wir wieder in die Welt zurückgegangen waren, mußten wir uns häufig trennen. Ich erwartete nicht gütlicher die Flamme der mächtigen Revolution, als ich in jener Nacht die Ankunft von Kraft erwartete. Ich hatte ihn lange nicht mehr gesehen, und der Gedanke an ein mögliches Hindernis oder an eine falsche Berechnung in unseren Plänen, wodurch er noch in seinem Anselgefängnis zurückgehalten werden könnte, machte mich fast krank. Die Stunden vergingen wie Jahrsdauerte. Ich war allein, Nebenbach und drei junge Männer, die in einem Dorf abgewohnt hatten, waren früher bewaffnet und auf alles vorbereitet über die Dinge zu gehen. In dieser Nacht, denke ich, waren alle Zufallsfälle im ganzen Lande über den Genossen.

Als das erste Oran am Himmel erschien, vernahm ich das Signal von dort bei. Ich gab Antwort. In der Dunkelheit sah ich beinahe Nebenbach, der zuerst herüberkam, unarmt, aber im nächsten Augenblick lag er in Straßens Armen. Meine Bedenken waren vollkommen, daß ich in 5 Sekunden Angelegenheit ich mußte die ganze Willenskraft aufbringen, die alle Avis überhand zu sein, mit alten Manieren, ihrem alten Denken, alten Redeweise und Stimme. Das war eine Anstrengung war ich infolge der Einigkeit zu behaupten: ich konnte Augenblick darin verharren, so geheimerisch war die neue Bewegung geworden, die ich geschaffen hatte.

Der Niedergang der Volksgesundheit

Breslau an der Spitze der Sterblichkeitsziffer
Der Profetiarier kann sich, wie unser Kur-

Die Zuckerverteilung für Juni

Die Hauptgeschäftsstelle des Zuckerverkehrs
1922/23 gibt bekannt, daß im Monat Juni die

Die „Zugaben“ der Straßenhändler

„Die prima Markttasche 5000 Mark. Im
Laden bezahlen Sie dafür mehr als das

Die Proleten umstehen staunend den wortge-
wandten Straßenhändler. Zögernd nehmen viele

Der Straßenhändler findet immer wieder
neue Käufer für den allergrößten Schund-

Der Einfelder hat Recht. Ein Teil der
Straßenhändler verkauft Schundware. Die Pro-

daß zahlreiche Straßenhändler auch heute Ware
unter Ladenschein verkaufen und preisregul-

Ueberhaupt ist der Straßenhandel nicht vom
moralischen sondern vom ökonomischen Gesicht-

Aus der Provinz

Dittersbach. Es geht vorwärts. Am
Freitag den 18. Mai hielt die Ortsgruppe eine

Der starke Beifall, 11 Neuaufnahmen in die
Partei und Beitrittsgelder, sowie der Verkauf von

Lehmwässer. Zur Vertiefung Beders
wird uns von unseren Genossen aus Lehmwässer

Fellhammer. Kreisfest des I. Kreises
Arbeiter-Athleten-Bund Deutsch-

Die Arbeiter-Athleten-Bund Deutsch-
land. Das Fest am ersten und zweiten Feier-

Die Arbeiter-Athleten-Bund Deutsch-
land. Das Fest am ersten und zweiten Feier-

Baldenburger Stadtverordnetenversammlung

6 1/2 Milliarden-Gat - Schaffung eines Freibades - Aufbringung von
611 Millionen durch neue Steuern

Die Stadtverordneten-Sitzung hatte sich außer
den 16 Tagesordnungspunkten mit 5 Dringlich-

dem an Ausgaben 6 422 129 100 Mk. gegen
über stehen, jedoch 611 800 000 Mk. ungedeckt

Die Abstimmung ergab die Annahme gegen
die Stimme der Kommunisten. Bei der Fest-

Altstr. Achtung, Arbeiterangehe
für Sowjetrußland. Alle diejenigen,
welche die Obligationen nebst Zinscheinen von

kontrollierten Lohnkarte fehlen. Ich betone, daß
dieserhalb in meinem Betriebe derartige Re-

Mittwoch, den 30. Mai 1923, abends 7 1/2 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses

außerordentliche Generalversammlung des Konsum- und Spar-Verein „Vorwärts“

Änderung der Statuten.

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht!

das ist unerheblich. Der Protest des Berichterstatters richtete sich ja gegen die Unterstellungen an sich und ihre ungehörige Art. Die Arbeiterinnen können verlangen, daß, wenn Untersuchungen überhaupt stattfinden, dieselben von Frauen vorgenommen werden.

Wüstegiersdorf. Wegen die Vollzeitschmach im Preussischen Landtage. Ueber dieses Thema referierte am 17. d. Mts. Genosse Müller-Hermsdorf im Hotel „Weißes Rob“. Redner behandelte nochmals kurz die Gründe des Ruhrabenteuers, daß das Ganze nur ein kapitalistisches Geschäft ist und die Kosten, wie immer, nur allein das Proletariat tragen muß. Während die deutschen und französischen Kommunisten den schärfsten Kampf gegen Cuno und Poincaré führen und viele der besten Genossen hinter Kerkermauern schmachten, bemühen sich die SPD-Führer, die Arbeiter von diesem Kampf abzulenkten, um sie in den reaktionären Kummel zu treiben wie anno 1914.

Die letzten Vorgänge im Landtag zeigen ganz deutlich, wie man bestrebt ist, überall unsere Genossen und unsere Presse mundtot zu machen; treten sie doch rücksichtslos für das gesamte Proletariat ein und decken alle Schandtaten der Bourgeoisie auf. Es ist eine Schande für die deutsche Arbeiterbewegung, derartiges zu erleben, wie einstige Arbeiterführer — Lenin und Genossen — mit Hilfe der Polizei unsere Genossen aus dem Saal hinauszuweisen, nur, weil sie die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Genosse Müller betonte am Schluß seines Referats, daß keine bürgerlich-kapitalistische Regierung die wirtschaftlichen und politischen Konflikte lösen kann, sondern nur eine Arbeiterregierung. Unter dieser Forderung schied er sich immer mehr kampfbereite Arbeiter zu einer Einheitsfront zusammen, trotz aller Sabotage der SPD-Führer. Mit großem Beifall wurden diese Ausführungen aufgenommen. — In der Diskussion meldeten sich einige parteilose Arbeiter zum Wort, die sich auch für eine Arbeiterregierung aussprachen. Von den anwesenden SPD-Arbeitern meldete sich niemand zum Wort. Mit einem kräftigen Hoch auf die kommunistische Partei wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Biskupis-Vorsigwerf. Die „Deutschnationalen“. Der Deutschnationale Handlungsgesellschaftsband harte für Dienstag abend zur öffentlichen Versammlung angefordert. Der Bankdirektor Strauß-Breslau sprach über: „Der Dollar steigt, die Preise steigen“. In 1 1/2 Stunden versuchte er darzulegen, wie die gesamte deutsche Nation vom Feindhand überdrückt, auf Oedeis und Verderb zusammengebrochen. Die Not sei groß und noch größer durch die Ruhrbesetzung geworden. Alle müssen in diesen Tagen Opfer bringen. Auch die Angehörigen wollten gern von ihrem letzten Gehalt geben, um den Kampf ihrer Ruhrbrüder zu unterstützen. Dann folgte die radikale

Trompete gegen die Unternehmer, die sich hinter die hohen Wöhne und Gehälter verstecken, um die hohen Warenpreise zu rechtfertigen. Aber hohe Gehälter und Wöhne machen auch nicht die Lage der Angestellten besser, sondern der Arbeitgeber solle den Arbeiter nicht als Maschine betrachten, damit die Lust und Liebe zur Arbeit mehr steige und damit auch die Produktion. Nur die Sanierung unserer Wirtschaft könne uns helfen. Es bestehen keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Kapital und Arbeitnehmererschaft, das hätten selbst die freien Gewerkschaften anerkannt, indem sie Tarife abschließen. Der DVV sei bereits dazu übergegangen, durch Arbeitnehmerbanken Kapitalien heranzuschaffen, um Aktien von Unternehmen aufzukaufen und dadurch Teilnehmer zu werden. Das sei praktische Gewerkschaftsarbeit.

Der übliche Boykott mit dem feindlichen Bruder DVV durfte nicht fehlen. Eine Warnung vor den gelben wirtschaftsfriedlichen Verbänden durfte ausgerechnet seitens des DVV auch nicht fehlen und dann ging der andere Bruder vom DVV mit dem DVV ins Gericht und sie verdamelten sich beide.

Genosse Marggraf zählte in ca. 1/2 stündigen Ausführungen die Folgen der schlechten Bezahlung der Arbeitnehmer auf: Unterernährung, Tuberkulose, Rachitis, Selbstmorde. Auf der anderen Seite steigende Leppigkeit, Lurus. In den Zeiten der größten Not des schaffenden Volkes haben es die Unternehmungen gut verstanden, sich gut zu sanieren. Klar, unter großer Aufmerksamkeit zeigte er die Ursachen der Ruhrbesetzung auf und geißelte die erbärmliche Handlungsweise derjenigen, die sich national und als Patrioten aufspielen. Dieselben Leute, die zur Einheitsfront aufriefen, liefern heute durch geworbene Streikbrecher den Franzosen die Kohle aus. Für die deutschen Arbeiter hatten sie keine zur Verfügung. Die Arbeitnehmerbanken, vom DVV empfohlen, in Amerika weit verbreitet, bewirken durchaus keine Änderung im Wirtschaftsleben des Arbeitnehmers. Dafür sei eben Amerika ein sprechendes Beispiel. Unter großem Beifall schloß er mit dem Appell, auch die Handlungsgesellschaften sollten endlich mit der Arbeiterklasse an der Umgestaltung der Wirtschaftsgrundlage kämpfen; erst dann wäre die Sanierung der deutschen Wirtschaft und ihrer Lage, möglich.

Das Schlusswort war lediglich ein verlegenes Verbeugen vor der Sachlichkeit unseres Diskussionsleiters, ohne den Versuch zu unternehmen, diese unsere Auffassung zu widerlegen.

Vorsigwerf. Die sieht das Gesetz zum Schutze der Republik aus. Am 2. Mai, abends 10 Uhr, ereignete sich im Lokale bei Folwajny folgender Fall: Drei echte Staatsbeamten in ihrer republikanischen Uniform saßen im Lokale beim Glase Bier. Aller Wahrscheinlichkeit mußten sie die Zeichen bereits hergestellt haben, denn aus dem Munde über die guten Verhältnisse des jetzigen Staates,

Das Elend der Schlesiens Landarbeiter

Die wirtschaftliche Verelendung der Landarbeiter ist infolge der unerfüllten Profittager der Agrarier und infolge der zum Himmel stehenden Schlappheit der Vertreter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes so ins Riesenhafte gewachsen, daß sogar die „Volkswacht“ von einem drohenden Landarbeiterstreik in ganz Schlesien schreibt.

Kein noch so gefühlvoller Artikel in der „Volkswacht“, dem Organ der führenden Häuser des Großhandels, kann die Vertreter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes von der Schuld reinigen, die sie auf sich geladen haben dadurch, daß sie gegen ihr besseres Wissen unter dem Lohnarbeitsvertrag von 1923 ihre Unterpflicht setzten.

Die Landarbeitervertreter, die Herren Ordner und Klippel vom DVV, sie unterschrieben namens der Landarbeiter, sie sind mitschuldig an dem Elend, das jetzt über die schlesischen Landarbeiter hereingebrochen ist; sie sind mitschuldig daran, daß — wie die „Volkswacht“ wahrheitsgetreu berichtet, — die über das Normaldeputat hinaus gewährten Liebesdeputate beschnitten und so hoch in Anrechnung gebracht wurden, daß die große Mehrzahl von Landarbeitern, namentlich die mit großen Familien, gar keinen oder fast keinen Barlohn mehr erhielten, ja stellenweise der von der Frau erarbeitete Barlohn mit dazu verbandt wurde, um den Steuerabzug und die Sozialbeiträge decken zu können. Sie sind mitschuldig daran, daß das Normaldeputat, das der Mann erhält, das aber Mann und Frau nach Ansicht der Arbeitgeber zusammen verdienen müssen, so gering bemessen ist, daß er davon schon bei einem Kinde nichts mehr verkaufen kann. Sie sind mitschuldig daran, daß einem verheirateten Arbeiter in der Landwirtschaft wöchentlich bei

Steuern und Beiträge nur 4180 Mark Barlohn verbleiben. Sie sind mitschuldig daran, daß der Landarbeiter, selbst wenn er die 4878 Mark, die seine Frau in 40stündiger Arbeit wöchentlich verdient, zur Führung des Haushalts hinznimmt, nicht weiß, wie er die notwendigen Bedürfnisse an Selb-, Gewürz-, Brotaufstrich, Fleisch, Zucker, Schularbeiten, Verbandsbeiträge, Zeitung, Kleidung und Schuhwerk befriedigen soll. Sie sind mitschuldig daran, daß der Landarbeiter mit trockenem Brot die schwere landliche Arbeit verrichten muß, daß er Quetschartoffeln als Brotaufstrich benutzt, während der Agrarier in der Butter erstickt. Die Vertreter des DVV sind mitschuldig daran, daß heute der Landarbeiter sich kein Schwein mehr halten kann und das Fleisch deshalb vom Tische des Landarbeiters verschwunden ist, da er nicht in der Lage ist, sich ein Ferkel für 250.000 Mk. zu kaufen.

Die Vertreter des DVV hätten die Ferkel als Bestandteil des Deputats fordern müssen und hätten bei dieser Forderung die gesamte Landarbeiterchaft hinter sich gehabt und hätten sich durchgesetzt.

Die Vertreter des DVV hätten den Lohnarbeitsvertrag für 1923 nicht unterschreiben dürfen, sondern hätten die Landarbeiterchaft zum Kampf rufen müssen, auf den sie wartete.

Sie hätten das um so mehr tun müssen, als sie das Elend befürchteten; das nun der schlesische Landarbeiter mit seiner Familie durchmacht. Das gibt die Volkswacht zu, ja, die Südkameranekede der führenden Häuser des Großhandels läßt sogar ein Wörtchen im Zusammenhang mit dem drohenden Landarbeiterstreik fallen, das für die ganze SPD-Politik maßgebend ist und das heißt: „Vurgrieben“. Die Volkswacht beteuert, daß dem Vurgrieben zuliebe, der Landarbeiter abermals von der SPD verraten wurde.

(Fortsetzung folgt)

die ihnen das Gausen nicht erlauben, fangen sie die vom Staate verlotenen, sich gegen die Republik heizenden Lieder, so unter anderem: „Wir brauchen keine Judenrepublik, Halentzug am Stahlhelm usw. Der eine der Postbeamten aus Vorsigwerf scheint mit seiner Ablesnase auch selbst Jude zu sein. Gewundert hat mich sehr, daß die Schuppelpolizei, die im Lokale nebenan sich das Föhlen gegen die Republik mit Schweigen anhört und auf der Straße ein Aufmarsch gewesen ist, es aber niemandem eingefallen ist, dort im Lokale die Rabaukrüder namhaft zu machen. Oder sollte die Schuppelpolizei in Vorsigwerf bereits auch schon antirepublikanisch sein? Wir Arbeiter von Vorsigwerf, die wir die Republik jederzeit verteidigen werden, verlangen von der Regierung, daß endlich mit solchen staatsfeindlichen Elementen von der Post- und Zollbehörde aufgeräumt wird. Sollten sich drei Beamten (zwei von der Post und einer von der Zollbehörde), die uns sehr bekannt sind, noch einmal erlauben, diese die Arbeiterchaft provozierenden Lieder zu singen, müssen sie nachher selbst die Konsequenzen tragen. Wir werden nicht nur ein Prüf! für solche Beamte übrig haben. Scheinbar sind die drei Beamten auch bei dem sogenannten Selbstschutz, der sich zum Schutze der Grenze gegen Polen ausbildet, tatsächlich aber gegen die jetzige republikanische Staatsform bezieht. Dem Gauwirt Herrn Folwajny raten wir, wenn er in Zukunft seine Existenz durch die Republikaner gesichert haben will, solche Elemente, die die Arbeiterchaft im Lokale nur provozieren in solchen Fällen sofort von Hausrecht Gebrauch macht und sie an die frische Luft setzt. Gegen die drei Beamten werden wir Anzeige erheben, werden aber noch warten ob nicht die

Schupp eine Anzeige machen wird. An die gesamte Arbeiterchaft appellieren wir darauf zu achten, daß die staatsfeindlichen Elemente bei derartigen Provokationen sofort zur Bestimmung zu bringen sind und ihnen einen Denkzettel geben, wie sie sich in der Republik zu bewegen haben.

Aus der Partei An alle Ortsgruppen!

Die Vorstandskonferenz findet am 3. Juni 1923, vormittags 10 Uhr, in Striegan im Restaurant Berg statt.

Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Sollte eine Ortsgruppe aus irgend welchen Gründen nicht erscheinen können, ist sofort unter Angabe von Gründen Meldung an die Bezirksleitung zu machen.

Weiter machen wir noch einmal darauf aufmerksam, daß noch einige Ortsgruppen im Rückstand sind mit den Kartothekarten. Diese Karten müssen unter allen Umständen bis spätestens zum 31. Mai in den Händen der Bezirksleitung sein.

Die Bezirksleitung.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Kurt Dombrowski, für den Interaktiven: Max Bischer, Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Jannitz in Breslau.

Berichtungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Barna u. Köhler, Breslau, Erdbeerstr. 50. Tel. 519-5547, Adresse: 111, C. Bauer, Breslau, Erdbeerstr. 50.

Bezirksleitung: Sonntag, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im Striegan, Schuppstraße, im Gasthof zur „Eiche“ Breslau. Jedes Bezirksleitungsmitglied muß teilhaben.

Breslau: Sonntag, den 3. Juni, abends 7 Uhr, im Striegan, im Restaurant „Berg“, 10 Uhr, im Striegan, im Restaurant „Berg“.

Bezirksleitung: am Montag, den 4. Juni, abends 7 Uhr, im Striegan, im Restaurant „Berg“.

KJD Bezirksleitung: Frau Glöckler, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postfach 49/50. Telefon 9255. Frau Glöckler.

Breslau: Sonntag, den 3. Juni, abends 7,30 Uhr, im Striegan, im Restaurant „Berg“.

Andere Organisationen

Breslau: Sonntag, den 3. Juni, abends 7,30 Uhr, im Striegan, im Restaurant „Berg“.

Breslau: Sonntag, den 3. Juni, abends 7,30 Uhr, im Striegan, im Restaurant „Berg“.

Einem neuen Leiter, Genosse!

Proletariat!
Bekämpft die Hindernisse der Sprachgrenzen! Lernet die **Weltsprache „Esperanto“**
Die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und auch benutzbar wird!

Abteilung Literaturoblenke!
Die Prospektur
Max Heelz
der gemeine Verbrecher
ist wieder eingetroffen.
Bestellungen nimmt entgegen die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
Breslau, Nikolaistraße 49/50
Abteilung Buchhandlung.

Eine ganze Bibliothek für nur 3000 Mark erhalten Sie durch das **Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923**
Es enthält alles, was man im täglichen Leben wissen muß: z. B. wichtige Ereignisse, Konsumratgeber, Gewerkschaftsmitglieder, Karteile, Löhne, die große Spezialversicherung, Emmerlohenfürsorge, Arbeiterchutz, Arbeitslosenversicherung, Krankenzusatzversicherung, Lebensversicherung, Rentenversicherung, Gesundheitsversicherung, Unfallversicherung, Altersversicherung, Lebensversicherung, Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenversicherung).
Beim Zeitungslesen, in der Versammlungsbesuche, beim Studium zu Hause, bei Beratungen von Kollegen, beim Schutze eigener Interessen hilft Ihnen schnell und sicher das **Arbeitnehmer-Jahrbuch!**
In Breslau: Postamt Breslau
Preis 3000 — Mark.
In bezug nehmen durch
Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesien e. G. m. b. H.
Breslau, Nikolaistraße 49/50 — Abteilung Buchhandlung.

Sohlenleder-Ausschnitt
in allen Größen u. Stärken
Preiswert
Gebr. Tischler
Lehrstraße
Breslau
Filiale: Sanktstraße 11.

Welcher Kollege kann einem Kollegen 80000 — Mk.
gegen gute Verzinsung leihen
? Angebots unter D. W. 90 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Sieben neu erschienen:
Spitzel.
Aus dem Sumpf der politischen Polizei.
Brotschier, 61 Seiten stark, Preis 2100 Mk.
Das zukünftige Petrograd.
Von G. Zyperowitsch.
Brotschier, 137 Seiten stark, Preis 2100 Mk.
Theorie des historischen Materialismus.
Von K. Bucharin.
Brotschier, 372 Seiten stark, Pr. 13.000 Mk.
Zu beziehen durch: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
Breslau, Nikolaistraße 49/50.
Abteilung: Buchhandlung.

Zahle
für Rohprodukten jeder Art, sowie für Makulatur, Säcke und Felle
die höchst. Tagespreise
Genosse Kranke,
Reuschstrasse 50.